



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 54. Ratssitzung vom 5. Juli 2023

2034. 2022/567

Postulat von Anna Graff (SP), Dr. Christian Monn (GLP) und 3 Mitunterzeichnenden vom 16.11.2022:

Luftqualitätsoffensive in den städtischen Gebäuden zum Schutz der Bevölkerung und der Mitarbeitenden vor aerosolübertragenen Infektionskrankheiten

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

*Anna Graff (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 941/2022): COVID-19 ist kein Gespenst der Vergangenheit. Noch lange Zeit werden wir mit Infektionswellen neuer und bestehender Varianten des Virus rechnen müssen. Weiterhin führt die Grippe als hochansteckende, aerosolübertragbare Infektionskrankheit zu jährlichen Erkrankungswellen. Bei beiden Krankheiten leidet ein relativ hoher Anteil der Erkrankten unter schweren Infektionsverläufen, die Hospitalisierungen und den Tod zur Folge haben können. COVID-19-Erkrankungen tragen zu einem erhöhten Risiko von Herz-, Hirn- und anderen Organschäden bei, abgesehen davon, dass die Folgeerkrankung «Long COVID» auftreten kann. COVID-19 und die Grippe stellen reale und nicht zu unterschätzende Gefahren für die Gesundheit der städtischen Bevölkerung dar. In der kalten Jahreszeit tragen sie zu erheblichen Belastungen für das bereits am Anschlag stehende medizinische und pflegerische Personal in den Pflege- und Gesundheitseinrichtungen bei, sowie zu krankheitsbedingten Ausfällen in allen Berufsfeldern. Das führt zu spürbaren finanziellen Konsequenzen für Arbeitgeber*innen, aber auch zu einem Angebotsabbau für die Bevölkerung. Massnahmen, die die Ausbreitung von aerosolübertragbaren Krankheiten eindämmen können, sind für die Gesundheit der Bevölkerung, die Entlastung des Pflegepersonals und die Wirtschaft wichtig. Mittlerweile gelten weder in der Schweiz noch im Kanton Zürich Schutzmassnahmen in geschlossenen halböffentlichen Räumen, auch im Winter nicht. Mit dem Verweis auf die Eigenverantwortung bestehen keine aktuellen Massnahmen, um die Bevölkerung vor Ansteckungen mit Infektionskrankheiten zu schützen. Dabei hätte die öffentliche Hand in der Stadt einfache, nicht-invasive Hebel, um die Ausbreitung von aerosolübertragenen Krankheiten einzudämmen. Dazu gehört die Inbetriebnahme von CO₂-Messgeräten und Luftfiltern oder vireninaktivierende physikalische Verfahren in öffentlichen oder halböffentlichen geschlossenen Räumen, um das Lüften dieser Räume zur Reduktion von virenhaltigem Aerosol in der Innenraumluft zu unterstützen. Das sind vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) empfohlene Massnahmen. Der Stadtrat soll diese Geräte für alle geschlossenen Räume von öffentlichen Gebäuden der Stadt sowie alle geschlossenen Räume städtischer Liegenschaften, in denen sich viele Menschen aufhalten oder bewegen, anschaffen. Das in den letzten Jahren gewachsene, technische Wissen und die Informationsmittel der Fachgesellschaften und des Bunds sollten so eine breite Anwendung finden. Bei «Public Health» Angelegenheiten*



geht es nicht primär um finanzielle Überlegungen, doch der volks- und betriebswirtschaftliche Nutzen der Installation der genannten Infrastruktur übersteigt die nötigen Investitionen klar. Der Stadtrat sieht das ebenso und nimmt das Postulat entgegen.

Reto Brüesch (SVP) begründet den namens der SVP-Fraktion am 30. November 2022 gestellten Ablehnungsantrag: Der Hintergedanke mag gut sein, da dadurch weniger Leute krank werden. Doch bei der Umsetzung sehen wir ein grosses Problem. Vor Kurzem sprachen wir über den «Low-Tech-Vorstoss» der Grünen GR Nr. 2022/537. Nun möchte man in vielen öffentlichen Räumen zusätzliche Technik installieren – solch potentielle Räume gibt es meiner Schätzung nach zwischen 5000 und 10 000. Diese neue, sensible Technik muss unterhalten werden. Das verursacht Kosten und ist in diesem Umfang nicht umsetzbar. Die Verwaltung hat bereits solche Geräte im Einsatz, besonders in Altersheimen. Aber sie überall zu installieren, ist nicht möglich. Während der Pandemie wurden solche Geräte in Schulhäusern eingesetzt, aber von einem flächendeckenden Einsatz ist man abgekommen. Durch die Pandemie weiss die Bevölkerung, welche Hygiene-Massnahmen zu befolgen sind. Alte und andere Menschen sind anfällig auf Infektionskrankheiten und auf diese muss man achten. Eine generelle Ausrüstung mit der Technik ergibt für uns keinen Sinn, da es zusätzliche Energie benötigt. Die Sicherheit der einzelnen Personen ist damit nicht gewährleistet. Dieses Postulat lehnt die SVP ab, aber andere nachhaltige Lösungen wäre sie bereit mitzutragen.

Weitere Wortmeldungen:

Deborah Wettstein (FDP): Seit dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie vor drei Jahren wurden viele Fortschritte in den genannten Technologien zur Verbesserung der Luft in Innenräumen erzielt. Bezüglich Übertragung von ansteckenden Aerosolerkrankungen wissen wir ebenfalls mehr. Viele private und öffentliche Organisationen passten ihre Regeln und Installationen zur Belüftung an. So verständlich und gut gemeint die Absichten im Postulat sind – dessen Notwendigkeit bleibt verborgen. Wie es der Postulatstext beschreibt, erfolgt die Auswahl des jeweils passenden Geräts vor Ort und unter Berücksichtigung energetischer Aspekte. Dafür braucht es keinen parlamentarischen Auftrag an den Stadtrat. Das gehört bereits zum Auftrag und Alltag der Institutionen und liegt bei verschiedenen Massnahmen im Rahmen ihrer Budgetverantwortung. Diese Offensive würde in der realen Welt der städtischen Institutionen eher als Misstrauen aufgenommen werden. Uns als Zürcher Gemeinderat würde man kaum als Vorreiter wahrnehmen, sondern als praxisferne Theoretiker. An dieser Stelle ist zu erwähnen, dass die SP bereits das Postulat GR Nr. 2022/537 «Verfolgung des Prinzips so wenig wie möglich, so viel wie nötig beim Einbau von Haustechnik» unterstützte. Mit dieser Doppelmoral müsste das Postulat zurückgezogen werden. Darum lehnt die FDP-Fraktion das Postulat ab.

Jürg Rauser (Grüne) stellt folgenden Textänderungsantrag: Der Leitsatz «so wenig wie möglich, so viel wie nötig» wurde bereits zweimal erwähnt. Wir zogen aber einen anderen Schluss daraus, als Reto Brüesch (SVP). Das Postulat lehnen wir nicht ab, sondern bringen eine Textänderung an: Es sollen nur Räume berücksichtigt werden, deren Luftqualität sich nicht mit manueller Fensterlüftung ausreichend gewährleisten lässt. Weitere Technik soll erst angewendet werden, wenn andere nicht-technische Massnahmen nicht



genügen. Dieser Aspekt fehlt uns im Postulat. Diese Massnahme soll zudem sämtlichen Personen zugutekommen, nicht nur städtischen Angestellten. Die Geräte sollen zur Unterstützung der manuellen Lüftung oder nur wo nötig eingesetzt werden. Mit der Textänderung unterstützen wir das Postulat, ansonsten lehnen wir es ab.

Dr. Josef Widler (Die Mitte): Das Postulat ist gut gemeint, aber es wird nicht viel bringen. Es gibt keine Arbeiten, die nachweisen konnten, dass die vorgeschlagenen Geräte etwas gegen die Ausbreitung der Seuchen beitragen. Den Aufwand, der für etwas erbracht werden soll, das nichts bringt, finden wir falsch. Auch wenn es etwas nützen würde, wäre die Wahrscheinlichkeit, dass die Geräte wieder benötigt werden, sehr klein. Aufwand und Ertrag stehen in keinem Verhältnis. Die Textänderung macht es nicht besser. Die Die Mitte/EVP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Dr. Florian Blättler (SP): Im 19. Jahrhundert gab es Cholera- und Typhus-Epidemien, unter denen die Stadt wirtschaftlich und sozial stark litt. Massnahmen wurden ergriffen und nun gibt es praktisch keine Krankheiten mehr, die via Wasser übertragen werden. Seither dominieren via Luft übertragbare Krankheiten. Wenn dagegen Massnahmen ergriffen werden sollen, besonders wenn Impfungen keinen ausreichenden Schutz bieten, kann man nur die Luftqualität verbessern. Das Kostenargument wird klar, wenn bedenkt wird, welche Kosten kranke Mitarbeiter*innen den Unternehmen verursachen. Fünfmal höher werden die Kosten, wenn diese krank zur Arbeit kommen und andere Mitarbeiter*innen anstecken. Wenn man Geld sparen und etwas für die Mitarbeiter*innen der Stadt machen will, muss die Luft, die sie atmen, sauber sein.

Anna Graff (SP): Zur Textänderung: Es ist unsere Absicht, dass eine manuelle Lüftung, wo möglich, belassen werden soll. Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass auch in solchen Räumen CO₂-Messgeräte zur Anwendung kommen, um die manuelle Lüftung zu unterstützen. Die Textänderung nehmen wir trotzdem an, da manuelle Lüftung am besten ist.

Martina Zürcher (FDP): Über die Textänderung vorher Bescheid zu wissen, wäre hilfreich gewesen. Trotzdem kommen wir zu einem ähnlichen Schluss, wie Die Mitte. Darum bleiben wir bei unserer Begründung und lehnen das Postulat auch mit Textänderung ab.

Anna Graff (SP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie in Gebäuden der Stadt Zürich zum Schutz der Bevölkerung und der Mitarbeiter*innen vor aerosolübertragenen Infektionskrankheiten eine Luftqualitätsinitiative umgesetzt werden kann. In geschlossenen Räumen von öffentlichen Gebäuden der Stadt Zürich und städtischen Liegenschaften, in denen sich die Luftqualität mit manueller Fensterlüftung nicht ausreichend gewährleisten lässt und in denen sich viele Menschen aufhalten oder bewegen, wie beispielsweise in Schulzimmern, Sitzungsräumen, Alters- und Pflegeheimen sowie in Gruppen- und Grossraumbüros mit städtischen Angestellten, sollen ergänzende technische Geräte, die sich in der Praxis für die Verbesserung der Luftqualität bewährt haben (z.B. CO₂-Messgeräte zur Unterstützung der manuellen Lüftung, oder wo nötig Luftfilterung oder physikalische Methoden für die Viren-Inaktivierung) (z.B. Luftfilterung, physikalische Methoden für die Viren-Inaktivierung, Messgeräte für die Luftqualität), eingesetzt werden.



4 / 4

Das geänderte Postulat wird mit 78 gegen 40 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat